

Dresdner Nachrichten

Anzeigen-Caril.

Annahme von Anzeigen...
Bemerkungen: Nr. 11 und 2096.
Gespelgeschäftsstelle: Barnewitz 38.

Bezugsgebühr:
Wochensatz für Dresden bei täglich
unveränderlicher Abnahme durch sechs
Monate 1 Mark 50 Pf. ...

Gegründet 1856

Lobeck & Co. | **Chocoladen, Cacao
Desserts.**
Hauptvertrieb: Pr. Maj. d. Königin v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
**G. Devantier, Prager
Strasse 11.**

Kunst-Salon von
Prager Strasse **Emil Richter**
Geschäftsstelle der
Vereinigung der Kunstfreunde.

Rudolph Seelig & Co.
30 Prager Strasse 30.
Grosso Auswahl in
Kotillon- u. Scherzartikeln:
Japan, Kestine von Mark 6,50 an, Schals, Mützen, Fischer,
Halsbänder, Sonnenbrillen, Kotillon-Geschenke etc. etc.

Patienten mit Rückgratsverkrümmung
Dr. G. Spargel: Sozialpolitische Lehren, Ehrentätigkeit, Landtagsverhandlungen, Gerichtsverhandlungen, Matrofenkonferenzen, Hochschullehrer, Spanische Hochzeit, Prof. Tiethe.

Carl Wendschuchs Etablissement **Struvestr. 11**
hergestellt wird.
Nützliche Bitterung: **Wittwoch, 7. Februar 1906.**

Auf sozialpolitischen Wegen

manche seit vorigem Freitag emsig der Reichstag, der sich mit der Fassung des Sonderrats für das Reichsamt der Innern zu beschäftigen hatte. Eine Fülle von Reden aller Parteien gab dabei über den verlegten Staatssekretär des Innern, Grafen Volodowski, ein wahres Füllhorn von Wünschen aus, deren Aufzählung allein schon ein stilles Bündchen füllen würde. Da es sich aber um meist bekannte sozialpolitische Forderungen besonders der Sozialdemokratie und des Zentrum handelt, so braucht man wirklich auf diesen rednerischen Ratschlag um so weniger einzugehen, als das soziale Wettrennen zwischen den Parteien bereits eine typische Erscheinung geworden ist. Leider — denn das Prestissimo-Tempo, das für die soziale Gesetzgebung von verschiedenen Seiten des Hauses am Berliner Königsplatz verlangt wird, darf nie und nimmer eingelassen werden, soll nicht unsere ganze Entwicklung Schaden leiden. Gerade wenn man, wie wir es von jeher getan haben, eifrig und warm für die Arbeiter- und Verfassungskategorie eingetreten ist, muß man, wenn man national und realpolitisch zu denken gewöhnt ist, immer wieder mahnen und warnen: Ruhe mit Weile. Es muß doch auch endlich der vernünftige Gedanke sich Bahn brechen, daß bei allem mindestens ebenso die gebührende Rücksicht auf die Träger der sozialpolitischen Forderungen und auf das Gemeinwohl nicht außer acht gelassen werden darf. Das schlimmste jedoch scheint uns, daß der Reichstag — mit fast alleiniger Ausnahme der Konservativen — beinahe immer nur an die sozialpolitische Fürsorge des Reiches für die Arbeiter denkt, als ob es andere durch die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens in schwere Krisen geworfene Volksschichten überhaupt nicht gäbe und doch sind heute gerade der Mittelstand im allgemeinen und der Handwerkerstand im besonderen dringender eines gesetzgeberischen Schutzes bedürftig, wenn sie nicht unheilbaren Schaden erleiden sollen. Der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli hat erfreulichem Stamm in diese Reihe gehören und verschiedene Anregungen zu Wehr gebracht, die von allgemeinem Interesse sind. So wies er darauf hin, daß in der Thronrede vom Mittelstande überhaupt keine Rede gewesen sei und daß über der Angelegenheit des sozialdemokratischen Terrorismus so dringender notwendigen Revision des Krankenversicherungsgesetzes ebenfalls noch immer das lautlose „Schweigen im Walde“ ausgedehnt liege. Auch über die Stellung der Regierung zu dem berechtigten Verlangen der Handwerker, daß nur der Meister die Befugnis haben dürfe, Lehrlinge auszubilden, und über die Ausverkaufsstärke wünschte dieser Redner energisch Auskunft vom Grafen Volodowski.

Der also Interpellierte schien durch solche Ausführungen peinlich herührt zu sein, denn keine Antwort kam ziemlich unwirksam, als er die gar nicht in Betracht kommende Behauptung erteilte, daß man von einer allgemeinen Mittelstandspolitik gar nicht sprechen könnte, weil zu viel verschiedene Interessen und Berufsstände im Mittelstand vereinigt seien. Das ist selbstverständlich und brauchte deshalb vom Grafen Volodowski gar nicht erst so nachdrücklich zur Freude der Liberalen betont werden; jedermann weiß aber, was unter Mittelstand im gewerblichen und wirtschaftlichen Sinne zu verstehen ist. Was nun die Sache selbst betrifft, so vermochte der Staatssekretär so gut wie keine bestimmten Zusicherungen über gesetzgeberische Aktionen zum Schutze des Handwerks und Kleinhandels zu geben. Der kleine Verhörnachweis? Dazu kann der Chef des Reichsamts des Innern keine Stellung nehmen. ... Die gesetzliche Unterscheidung zwischen Handwerk und Fabrik? „Unmöglich“ ... Die Hebung der Mißstände im Ausverkaufswesen? Darüber schweben noch immer Erhebungen und Erörterungen, doch hat Graf Volodowski in dieser Frage glücklicherweise den Eindruck gewonnen, daß hier eine Schärkung der Gesetzgebung nötig sei. Während man aber sonst mit Volldampf voraus auf sozialpolitischen Gebiete arbeitet, wird man hierbei auf eine entsprechende Vorlage wohl recht lange warten müssen. Während so der Leiter des Reichsamts des Innern offenbar wenig Eilt und vielleicht auch wenig Zeit zu haben scheint, sich um „Mittelstandspolitik“ zu kümmern, verführte er mit einigem Stolz die im stillen Gange befindlichen mannigfachen Fortschritte bezüglich der Arbeitergesetzgebung. Bezeichnend war seine Bitte an den Reichstag, mit dem Reichsamt des Innern, dessen Arbeit für den sozialpolitischen Fortschritt nicht ruhe, ein wenig Geduld zu haben. Was die übrigen diesem allerdings überlasteten Ressort obliegenden Aufgaben betrifft, so ist eben schon eine erheblich größere Dosis Geduld seitens der Interessenten erforderlich. Wenn man noch dazu hört, daß die bereits erteilte in Angriff genommene Witwen- und Waisen-Versicherung für die Arbeiter ebensoviel Kosten verursachen werde wie die Invalidenversicherung, so kann das gerade gegenwärtig, wo im Reichstoge die ausschlaggebende, am meisten sozialreformtief vorwärts drängende Partei die nötigen Reichsbeschlüsse sogar für den jetzigen Bedarf verweigert, nichts weniger als beruhigend auf die breiten gewerblichen Volksschichten wirken. Befremdend im höchsten Grade aber ist es, daß Graf von Volodowski, der über die sozialpolitischen Arbeiten seines

Ressorts so ausführliche Mitteilungen zu machen wußte, kein Wort darüber sagte, wie es mit der dringlichsten Aufgabe, die es auf dem Gebiete der Sozialreform gibt, mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes steht. Will man denn in der Tat die Mißbräuche der Klassen durch die revolutionäre Sozialdemokratie zur weiteren Stärkung ihrer Organisation bestehen lassen? Ist alles, was gegen die sozialdemokratische Ausnützung dieser gemeinnützigen Anstalten an Vorsehen vorgebracht worden ist, für nichts und wieder nichts? Soll vielleicht gar die der Sozialdemokratie so förderliche Organisation der Krankenkassen mit in das neue, das bürokratische Gesetzbuch an Umfang übertreffende Versicherungsgesetzwerk der drei großen Arbeiter-Versicherungsabteilungen mit hinzubergenommen werden? Es wäre für einen sehr bedeutenden Teil des deutschen Volkes sehr erwünscht gewesen, auf diese Fragen von dem Staatssekretär Auskunft zu erhalten, denn bis in die Reihen des äußersten Freiheits hinreich machte sich in fröhlichen Worten die allgemeine Mißstimmung in den bürgerlichen Kreisen über den Mißbrauch der Krankenkassen durch die terrorisierende Sozialdemokratie Luft. Die letzten Skandal-Närrereien in der sozialdemokratischen Verwaltung bei den Krankenkassen in München und Neuss, die an anderer Stelle bereits ausführlich behandelt worden sind, und bei denen die staatlichen Aufsichtsbehörden zum Einschreiten genötigt wurden, gaben besonders dem freisinnigen Abgeordneten Wagner willkommene Gelegenheit, gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen und für eine Reform der Krankenkassen-Gesetzgebung zu plädieren, damit dem Mißbrauch der Macht in den Klassenverwaltungen seitens der Sozialdemokratie endlich Tamm und Regel vorgehalten würde. Auch sonst redmete der freisinnige Redner mit dem revolutionären Treiben der Sozialdemokratie in letzter Zeit so gründlich ab, daß man seine Freude daran haben konnte. Mit seiner Volonté verband er, besonders im Hinblick auf den 21. Januar — den „roten Sonntag“ — das offene Geständnis, daß alle Vorkommnisse bezüglich einer liberaleren Ausdeutung des Wahlrechtes in den Einzelstaaten durch die grenzenlose sozialdemokratische Agitation sehr gefördert würden und man deshalb vorläufig zur äußersten Vorsicht mahnen müsse, weil sonst die bürgerliche Freiheit eines guten Tages auf das allerhöchste bedroht werden könnte. Sehr richtig! Diese Bemerkungen wagen um so schwerer, als sie von linkslicher Seite vor aller Welt geäußert worden sind, von der politischen Coterie also, die man ihrer ganzen Tendenz wegen nicht ganz ohne Verächtlichkeit als Vorkämpfer und Schrittmacherin der Sozialdemokratie zu bezeichnen pflegt. An der Beurteilung des aufsteigenden und geradezu gemeingefährlichen sozialdemokratischen Treibens waren überhaupt alle Redner einig: Abgeordneter v. Nordhoff (Reichspartei) verwarf ebenso wie der Nationalliberale Wassermann u. a. m. das geradezu blödsinnige Gerede der sozialdemokratischen Presse nach Revolution und den Terrorismus der Sozialdemokratie im Krankenkassenwesen. Überhaupt war — und das scheint uns das Erfreulichste an der ganzen Debatte zu sein — eine größere Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien wie sonst dem gemeinsamen Feind gegenüber zu konstatieren, wenigstens soweit die grundsätzliche Gegnerschaftsstellung in Betracht kommt. Leider offenbarte die Debatte aber gleichzeitig als wenig ersprießliche Rehrseite der schönen Medaille die alte unfruchtbare Perikulation des Bürokratismus bezüglich der im Kampf gegen die Sozialdemokratie einzuschlagenden Mittel und Wege. Fürst Bismarck wird noch etwas Geduld haben müssen, ehe die von ihm als unerlässliche Vorbedingung geforderte Einigkeit der Parteien zur Wirklichkeit wird; denn die Klut zwischen Nordhoff und Wagner oder Pauli und Wassermann ist trotz mancher Berührungspunkte innerlich doch so groß, daß die Bismarckische Mahnung zur Einigkeit über den Wert eines jenen politischen Wohltautes nicht viel hinauskommen wird. Zu hoffen bleibt nur, daß die wüste, revolutionisierende Latitanz der Sozialdemokratie le läner, je mehr das ihre tun wird, um die in sich gespaltenen bürgerlichen Parteien durch die Not der gemeinsamen Gefahr wenigstens zur zeitweisen Verständigung von Fall zu Fall zu zwingen, wie es diesmal durch den „Sapienten-Sonntag“ mit seinen blutigen Vorspielen in Sachsen und Hamburg geschehen ist.

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Februar.

Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Erledigung der Interpellation über den Unfallfall auf der „Borussia“ wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Titel: Staatssekretär, fortgesetzt. Abg. Graf Kanitz (son.) weist auf die hohen Kosten des weiteren Ausbaues der sozialpolitischen Gesetzgebung, sowie darauf hin, daß wir gerade jetzt vor der Einführung neuer Steuern stehen. Die Landwirte hätten mühe für sozialpolitische Zwecke schon jetzt sehr große Opfer bringen, die sich bereits auf die Hälfte des Reinertrags stellen. (Wort, hört!) Abg. Graf Volodowski über den Materialismus und die mangelnde Opferwilligkeit der bestehenden Klassen gesagt habe,

treffe also nicht zu. Durch die sozialpolitische Gesetzgebung sei die Sozialdemokratie nur noch anpruchsvoller geworden. Sie lasse sich überhaupt nicht beruhigen. Statt daß man die Sozialpolitik verbillige und vereinfache, beschäufte man sich im Reichsamt des Innern mit immer neuen Verwirrungsprojekten. So geht mit der Reichsversicherung. Treibe man die Belastung der „Karten Schultern“ so weit, daß sie zusammenbrechen, dann seien auch die schwachen Schultern verloren. Es sei nicht wahr, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebung bahnbrechend sei, „einen Siegeslauf durch die Welt nehme“. Weder in England sei das der Fall, noch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Notwendig sei bei uns nur eine Reorganisation nach dem Muster Frankreichs, wo es keine Arbeiter, keine Versicherungsanstalten, kein Heer von Beamten gebe. Gegen das Deutscher-Verband müge die Krankenversicherung dieser Arbeiter auch nicht viel. Man solle lieber dafür sorgen, daß die Abwanderung von dem Lande nach den Städten durch unsere wirtschaftliche Gesetzgebung eingeschränkt werde. Unsere sozialpolitische Gesetzgebung müge von den ihr anhaftenden Schäden befreit werden. Fort mit aller Neger! — Abg. Bismarck (Frei.) verlangt volles Wahlrecht für die Arbeiter. Kardorff verurteilte Sozialdemokratie und Arbeiterrecht. Schon um mit den Unternehmern überhaupt verhandeln zu können, so ganz besonders auch über Tarifverträge, seien die Berufsvereine und ihre Reichsämter notwendig. Auf jeden Fall aber müßten die Berufsvereine auch volle Bewegungsfreiheit erhalten. Die Frage des Maximalarbeitstages für Frauen sei spruchreif. In einem allgemeinen Maximalarbeitsstage dagegen sei die Zeit noch nicht gekommen. Zunächst seien an Reformen vor allem nötig: die Krankenversicherung für Heimarbeiter, für ländliche Arbeiter und Gewerbetreibende. Die Sozialdemokraten würden sich allerdings in die Sozialversicherung der Krankenversicherungsanstalten zwischen Arbeitern und Unternehmern schämen müssen und in Verbindung damit in eine andere Zusammenlegung der Klassenverbände. Wenn das Interesse im Lande für Sozialpolitik abgenommen habe, so trage zum großen Teil die Sozialdemokratie die Schuld daran. Der Revisionismus sei bei ihr unvorstellbar. Der Radikalismus habe angefangen mit dem Klassenstreik, für den jetzt sogar Herr Bernheim einträte, werde nicht erreicht, als höchstens ein Rückschlag, der die freihändlerische Entwicklung löse. Der Radikalismus sei allerdings auch durch die Regierung verurteilt, und zwar durch ihre anaristische Wirtschaftspolitik, durch ihre Steuer- und Handelspolitik. Mißgefallen hätten die Fälle in der Reichsjustiz, die den Anzeichen von Klassenjustiz erweckten müßten. Wenn fern in einem Staat, wie in Preußen und auch in Sachsen, an einem Wahlrecht festgehalten werde, das die Massen des Volkes ausschließe, wenn die ganze Regierungspolitik in keiner Weise volkstümliche Wege einschlage, dann müsse auch das Reichsvotum der Unzufriedenheit zum Hebeln kommen. In Bayern trete sogar ein Thronfolger für ein freieres Wahlrecht ein. In Baden könnten die Liberalen Nationalliberale und Sozialdemokraten zusammenschließen, etwas, was in Preußen unmöglich sei. Die preukische und die sächsische Politik der Sozialdemokratie sei ganz verschieden von der bayerischen und badien. Auch in England seien in Bezug auf die Arbeiterfragen die Verhältnisse ganz andere wie bei uns. Hier hätten wir auf der einen Seite eine feudale Aristokratie und auf der anderen eine intrinsigente Sozialdemokratie. Wenn die Regierung eine bessere Politik möchte, würden wir auch andere Parteien haben. (Beifall.) — Abg. Fr. u. H. (Wirtschaft.) Sagt tritt für eine kräftige Mittelstandspolitik ein. — Staatssekretär Graf Volodowski antwortet auf verschiedene, gestern und heute an ihn gerichtete Fragen. Ein völliges Verbot der Heiberwerbungen im Gewerbebetriebe sei unmöglich. Die Arbeiter sollten die erlassenen Schutzvorschriften im eigenen Interesse strikte beobachten. Ueber die Sonntagstruhe im Maschinenbau seien bereits ausreichende Bestimmungen erlassen. Ueber die Sonntagstruhe in der Innenschiffahrt könne erst nach Abschluß der Ermittlungen über die Arbeitszeit in der Innenschiffahrt überhaupt Stellung genommen werden. Eine Verbesserung der Gewerbeinspektoren sei zu dringender Erwähnung, aber gegenüber den ausgeschriebenen Posten sei die Nachfrage gering. Eine Erhöhung der Amaliden-Verdichtungsbeiträge bedürfte es nicht mehr dank der wirksamen Revision des Reichsversicherungsamtes, die alljährlich wiederholt werden soll. Ein Entwurf betreffend Vereinfachung der Versicherungsangelegenheiten hoffe er schon Ende 1907 vorlegen zu können. Die Frage, welcher Weg bezüglich der Arbeitskammern eingeschlagen sei, sei noch vollkommen offen. Graf Kanitz habe die französische Invalidenversicherung wegen ihrer Einfachheit und Billigkeit gelobt, aber doch die diesbezügliche Versicherung eine verbesserte Armenpflege. Seinen mittelmäßigen Aufsichtungsverbande Deutschland seinem intelligenten Arbeiterpersonal, und auf diese hohe Bildung des Arbeiterpersonals habe zweifellos unsere Sozialpolitik großen Einfluß gehabt. Den Befähigungsnachweis für das Handwerk habe er niemals verprochen. Die Angriffe, die sein Vertreter an dem Kölner Handwerkerkongress erfahren habe, würden bei Besichtigung künftiger Verordnungen zur Vorsicht mahnen. (Beifall.) Eine entsprechende Enquete über kaufmännische Verhältnisse sei unmöglich. Die Sozialdemokratie stelle Forderungen, die weder ein Zukunfts-, noch irgend ein gegenwärtiger Staat ausführen könne. (Widerpruch links.) Wenn wir, fährt Redner fort, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie Fortschritte machen wollen, dann haben wir den allerdringlichsten Grund, die dringliche Arbeiterbewegung zu unterstützen. Es gibt ja leider Sozialpolitiker, denen jede Arbeiterbewegung unbequem ist, ebenso wie es konstitutionelle Minister gibt, die sich nach der Zeit des absoluten Staates zurückziehen. (Beifall.) Die Sozialdemokraten andererseits wüßten mit der Revolution und sind nicht objektiv genug, anzuerkennen, was der Staat für die Arbeiter tut. Sie verstimmen die Regierung, verübeln die Parteien und lächerlich die Arbeiter. (Widerpruch rechts.) (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Dablen (Zentr.) erörtert die Verhältnisse der Innenschiffahrt und die Notwendigkeit, den in dieser beschäftigten Personen die Sonntagstruhe zu sichern. — Abg. Dablen (Soz.) erwidert dem Staatssekretär, daß von den Gewerkschaften das, was an dem Versicherungswesen und an der Gewerbeaufsicht Gutes sei, durchaus anerkannt wor-

Trinkel
und
Adriaglut!
Preis per 1/2 Liter 1.20 Mark, 1 Liter 2.40 Mark.